

## Europa bauen, den Wandel gestalten

Die Erweiterung der Europäischen  
Union – was kommt danach?

Janusz Reiter

Einführung: Dieter Berg

## **Europa bauen, den Wandel gestalten**

„Früher war Polen wichtig für Deutschland wegen der Vergangenheit. Darauf kann man nicht mehr bauen. Polen kann nur wegen der Zukunft wichtig sein.“ Dieses Fazit zog Janusz Reiter, der frühere polnische Botschafter in Deutschland und heutige Leiter des Zentrums für Internationale Beziehungen in Warschau, am 9. Dezember 2002 im Haus der Wirtschaft in Stuttgart. Er setzte die Vortragsreihe „Europa bauen, den Wandel gestalten“ mit dem Thema „Die Erweiterung der Europäischen Union – was kommt danach?“ fort. Der erfahrene außenpolitische Experte wünscht sich „ein Europa, das mit der erfolgreichen Integration der neuen Mitglieder nicht nur eine historische Verpflichtung erfüllt, sondern auch eine neue Verantwortung gegenüber der Welt übernimmt.“

**Dieter Berg**

## **Einführung**

„Europa bauen, den Wandel gestalten“ lautet der Titel der Reihe der Stiftungsvorträge, die vor eineinhalb Jahren begonnen wurde. Für den vierten Vortrag dieser Reihe hätten wir kaum einen spannenderen Zeitpunkt finden können als in diesen Tagen und Wochen, in denen die letzten Entscheidungen zur Erweiterung der Europäischen Union fallen. Im Oktober hat die EU-Kommission die Empfehlung ausgesprochen, die Verhandlungen mit zehn Ländern zum Jahresende abzuschließen und eine Aufnahme zum 1. Mai 2004 vorzusehen. Am Donnerstag und Freitag werden die Regierungschefs der 15 Mitgliedsstaaten in Kopenhagen abschließend über die Erweiterung und den Termin entscheiden. Wir stehen am Beginn eines neuen und bedeutenderen Europa, einem Europa mit vielen neuen Chancen, aber auch mit einer erweiterten Verantwortung. Im Mittelpunkt dieses neuen Europa müssen die Menschen stehen, ihr Zusammenleben in Frieden und Wohlstand muß die Meßlatte für die Politik sein. Das gut nachbarschaftliche und freundschaftliche Zusammenleben der Völker Europas, aus freien Stücken gewählt, ist Grundvoraussetzung zur Erreichung dieser Ziele.

Mit der bevorstehenden Erweiterung der Union wird auch Polen Mitglied werden. Für die Robert Bosch Stiftung erfüllt sich damit sozusagen ein Traum. Bereits in den siebziger Jahren, zu einer Zeit, als dies nicht auf der politischen Tagesordnung stand, setzte sich die Robert Bosch Stiftung für die Verbesserung der deutsch-polnischen Beziehungen ein. Sie tat dies nicht durch Studien und theoretische Erörterungen, sondern auf praktische Weise durch die Begegnung

von Menschen. Eines unserer ersten Programme waren ein- bis zweijährige Forschungsstipendien, die von 1976 bis 1981 über die Alexander von Humboldt-Stiftung an polnische Wissenschaftler verliehen wurden. Die Gesamtförderung dafür betrug rund 820 000 Euro.

Seither haben wir für die Förderung der deutsch-polnischen Beziehungen rund 32 Millionen Euro ausgegeben. Wir haben polnischen Wissenschaftlern und Fachleuten Reisen zu Tagungen und Begegnungen ermöglicht, polnische Deutschlehrer und Lektoren fortgebildet, deutsche Sprach- und Fachlektoren nach Polen entsandt, mit der Polnischen Kinder- und Jugendstiftung gemeinsame Vorhaben durchgeführt, eine 50bändige Polnische Bibliothek, in der die wichtigsten Werke polnischer Literatur in deutscher Übersetzung zusammengefaßt sind, finanziert und damit dem deutschen Publikum zugänglich gemacht. Wir haben zudem an der Universität Mainz eine Gastprofessur mit dem Schwerpunkt Polen geschaffen und erst kürzlich den Karl Dedecius-Preis für deutsche Übersetzer polnischer Literatur und polnische Übersetzer deutscher Literatur ausgeschrieben.

Auch wenn der Beitritt Polens zur EU nicht ganz reibungslos verlaufen wird und manche Hoffnungen einzelner sich nicht erfüllen werden, so werden sich in jedem Fall die Beziehungen zwischen Polen und Deutschen weiter verbessern. Wichtig dafür sind vor allem Begegnungen der Menschen. Begegnungen kommen nur zustande, wenn man hinfährt. Polen ist ein wunderbares Urlaubsland mit sehr viel unberührter Natur, wie wir sie im westlichen Europa kaum noch kennen.

Jetzt will ich aber keine Werbung mehr für die polnische Touristikbranche machen, sondern Ihnen, lieber Herr Reiter, sehr herzlich danken, daß Sie heute zu uns gekommen sind und zu uns über das Thema „Die Erweiterung der Europäischen Union – was kommt danach?“ sprechen werden.

Sie gehen damit einen Schritt weiter und beleuchten kritisch die Fragen, die nach dem 1. Mai 2004 beantwortet werden müssen. Wir hätten dafür keinen Geeigneteren finden können. Wer sich schon bisher mit Polen befaßt hat, kennt Sie. Für alle anderen will ich Sie noch kurz vorstellen:

Janusz Reiter wurde 1952 in Kościerzyna, Polen, geboren. Von 1971 bis 1976 Studium der Germanistik, der Philosophie und der Soziologie an der Universität Warschau. Ab 1977 Redakteur der Auslandsredaktion der Tageszeitung „Życie Warszawy“. In den Folgejahren zugleich Mitbegründer und Redaktionsmitglied mehrerer oppositioneller Zeitschriften. Von 1984 bis 1990 war er Kommentator für die katholische Zeitschrift „Przegląd Katolicki“, für die bedeutende Tageszeitung „Gazeta Wyborcza“ sowie für das Polnische Fernsehen. 1990 Ernennung zum Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland. Er prägte in entscheidender Weise die bilateralen Beziehungen zwischen dem demokratischen Polen und dem wiedervereinigten Deutschland. 1996 gründete Janusz Reiter das Zentrum für Internationale Beziehungen in Warschau, dessen Direktor er bis heute ist. Er war auch Mitbegründer des Rates für Außenpolitik; er ist ständiger Kommentator der polnischen Tageszeitung „Rzeczpospolita“ und Ko-Vorsitzender des Polnisch-Deutschen Forums.

Janusz Reiter erhielt das Große Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und wurde in diesem Jahr mit dem Viadrina-Preis der Europa-Universität in Frankfurt/Oder ausgezeichnet. Er ist Verfasser und Herausgeber vieler Publikationen zu den deutsch-polnischen Beziehungen und zur Einigung Europas.

Janusz Reiter ist Freund, Gesprächspartner und Ratgeber der Robert Bosch Stiftung, vor allem in ihrem 2001 eingerichteten Stipendienprogramm für Nachwuchsführungskräfte aus Ländern in Mittel- und Osteuropa.



Janusz Reiter

## **Die Erweiterung der Europäischen Union – was kommt danach?**

**Janusz Reiter**

Vielen Dank für die Einführung. Ich komme mir so vor, als ob ich ein Veteran wäre. Vor wenigen Tagen hat mich ein gut meinender jüngerer polnischer Diplomat vorgestellt als jemanden, der in die Geschichtsbücher eingehen würde. Ich fühle mich fast so, als ob ich in den Geschichtsbüchern stünde und nicht auf der Erde, aber ich bin noch ganz auf der Erde, in dieser Welt und wehre mich gegen diese Art der Klassifizierung, auch als Zeitzeuge, aber es ist vielleicht mit der fortschreitenden Zeit unvermeidlich.

Ich danke Ihnen sehr für die Einladung. Ich bin in der Tat über lange Zeit der Robert Bosch Stiftung verbunden. Stuttgart als Sitz der Stiftung war das Ziel meiner ersten Reise als polnischer Botschafter in Deutschland. Ich war hier wenige Tage nach meinem Amtsantritt und habe, wenn ich mich richtig erinnere, meine zweite Rede als polnischer Botschafter in Deutschland gehalten. Damals hatte ich noch großes Lampenfieber, heute habe ich mittelgroßes Lampenfieber.

Der Titel meines Vortrags mag etwas eskapistisch erscheinen, denn ich will ja den Blick auf Europa nach der Erweiterung richten. Und damit wecke ich vielleicht den Verdacht, daß ich diese schwierige Phase überspringen will. Ich will sie nicht überspringen, ich will nicht vor den harten Realitäten der Vor-Erweiterung und der Erweiterungszeit fliehen. Ich will auf diese Probleme eingehen. Ich muß freilich, wenn ich über die Zukunft sprechen will – und ich will über die Zukunft sprechen –, einige Annahmen machen über den Verlauf der nächsten Tage und Wochen. So gehe ich zum Beispiel

davon aus, daß der Kopenhagener Gipfel, auf den viele so gespannt warten, nicht mit einem Desaster endet, sondern mit der Einladung an zehn Länder, der Europäischen Union beizutreten, auch wenn rein theoretisch alles noch offen bleibt. Ich gehe auch davon aus, daß die Parlamente der 15 EU-Länder, der alten Europäischen Union, die Verträge mit den Kandidaten ratifizieren werden, wohl wissend, daß das in manchen Ländern nicht einfach und nicht spannungsfrei verlaufen wird. Und genauso muß ich daran glauben, daß den Regierungen der Beitrittsländer auch ihre Bevölkerungen folgen werden. Und auch hier weiß ich, daß auch das Gegenteil möglich ist, nicht nur theoretisch, auch praktisch, auch in meinem eigenen Land, wo es nach dem Abschluß der Verhandlungen ein Referendum geben wird. Und dieses Referendum wird eine der wichtigsten und eine der schwierigsten Entscheidungen in der Geschichte des Landes sein. Und man kann schon heute gespannt sein auf die Diskussion vor diesem Referendum. Es wird eine der härtesten Diskussionen sein in der Geschichte des Landes. Ich bin völlig zuversichtlich, daß wir eine Mehrheit für den Beitritt bekommen werden, aber diese Mehrheit werden wir nicht gleichsam geschenkt bekommen, sondern diese Mehrheit wird man erkämpfen, erringen müssen. Dies wird nicht einfach sein.

Warum mache ich diese Annahmen? Weil ich ganz einfach glaube, daß die Europäer schon genug Dummheiten gemacht haben und sich noch allzu gut an diese Dummheiten erinnern, um eine neue Dummheit zu begehen. Und zwar sowohl diejenigen, die die Erweiterung scheitern lassen könnten auf der Seite der heutigen EU, als auch diejenigen, die den Beitritt scheitern lassen könnten in den Kandidatenländern. Ich weiß, dies ist kein wissenschaftliches Argument, mit dem man eine akademische Diskussion gewinnen kann, aber es ist keine akademische Diskussion, sondern es ist eine

Entscheidung, die in der Realität getroffen wird. Und mein Ehrgeiz ist nicht, in einer akademischen Diskussion überlegen zu sein, sondern in dieser praktischen Entscheidung Recht zu bekommen.

Ich will aber, bevor ich auf die Zeit nach der Erweiterung eingehe, doch noch eine Weile bei der Erweiterung und in der Zeit vor der Erweiterung bleiben. Auf den ersten Blick mag einem routinierten EU-Europäer vor allem die Dramatik der Beitrittsverhandlungen wie das übliche Ritual erscheinen. Dieses Ritual erlebt die Europäische Union vor jeder wichtigen Entscheidung. Es gibt immer sehr viel Spannung, es wird auch oft Spannung inszeniert. Auch die etwas klein-kariert wirkenden Egoismen, so mag jemand sagen, seien nichts wirklich Neues. Europa neige immer dazu, große Ideen in kleiner Münze auszuzahlen, um sich dann doch wieder zu großen Entscheidungen fähig zu zeigen. Eine solche Denkweise ist nicht falsch. Es wäre allerdings zu einfach, die Turbulenzen, die Wirren der Erweiterungszeit als „business as usual“ zu betrachten, zu verharmlosen und zu verniedlichen. Diese Erweiterung ist eine andere als die früheren Erweiterungen. Sie ist anders nicht nur wegen der Andersartigkeit der Beitrittsländer. Auch die Union ist nicht unbedingt dieselbe wie bei den früheren Erweiterungen. Ich glaube, es lohnt sich deshalb, den Erweiterungsprozeß gut zu verstehen, weil man daraus etwas lernen kann über die Europäische Union und auch über die Länder, die ihr beitreten wollen.

Ich muß eingangs eine Bemerkung machen. Ich finde, es ist fair zu sagen, meine Sicht der Dinge, soweit es sozusagen um die östliche Seite, also die Beitrittsländer, geht, ist selbstverständlich sehr stark von meinem polnischen Hintergrund geprägt. Ich will das gar nicht leugnen. Ich weiß, daß die Beitrittsländer keine Einheit bilden, und ich weiß, es gibt

nicht so etwas wie ein Durchschnittsland, ein Durchschnitts-Beitrittsland. Es handelt sich vielmehr um sehr unterschiedliche Länder. Auch ihre Solidarität in dem Beitrittsprozess hält sich übrigens in Grenzen, um es vorsichtig auszudrücken, obwohl sie hier und da punktuell auch zusammenarbeiten, insbesondere jetzt, wenige Tage vor dem Gipfel in Kopenhagen. Und trotzdem, trotz all dieser Vorbehalte wage ich zu behaupten, daß die Grundprobleme der Länder doch vergleichbar sind, vielleicht nicht gleich, aber doch vergleichbar. Und ich glaube, daß sie vielleicht nur in verschiedener Intensität vorkommen. Aber sollte sich jemand in meiner Darstellung der Dinge nicht wiedererkennen, jemand, der aus den Ländern kommt, so bin ich selbstverständlich bereit, die Gültigkeit meiner Ausführungen auf mein eigenes Land zu beschränken, um sie dann aber wirklich zu verteidigen.

Das grundlegende Problem dieser Erweiterung, im Grunde genommen geht es ja um die Vereinigung Europas, ist das tiefe Mißtrauen, das zwischen den zwei Seiten, den zwei Teilen Europas herrscht. Das Mißtrauen beruht, das möchte ich betonen, nicht einfach auf der Unkenntnis der jeweils anderen Seite, und insofern kann man nicht hoffen, daß man dieses Mißtrauen mit einfachen Aufklärungskampagnen abbauen kann. Das hat tiefere Ursachen. Auf der Seite der Beitrittsländer liegen diese Ursachen zum Teil weit zurück in der Geschichte.

Sie kennen sicherlich die historischen Traumata der Völker in Ost- und Mitteleuropa, die sich von ihren westlichen Nachbarn oft überrollt, vergessen oder gar verraten fühlten. 40 Jahre Ostblock haben paradoxerweise diese Erfahrung abgeschwächt, denn wer den Osten nicht akzeptieren wollte, wer sich im Osten nicht zu Hause, nicht wohl fühlte, der mußte auf den Westen setzen. Eine dritte Möglichkeit gab es nicht. Die antiwestlichen Ressentiments wurden zwar von

den Machthabern geschürt, aber dadurch wurden sie, jedenfalls für einen Teil der Bevölkerungen, diskreditiert. In der Zeit der sogenannten Wende 1989/90 machte der Verfall der östlichen Vormacht, der Sowjetunion und dann ihres Nachfolgestaates Rußland, das Votum für Europa, für den Westen deshalb zu einer im Grunde genommen alternativlosen Entscheidung. Und wer diese Entscheidung nicht treffen konnte, nicht treffen wollte, wie die Balkanländer, der schloß sich selbst aus der europäischen Entwicklung aus und fiel weit zurück mit Folgen, die wir bis heute sehen können, auch in diesen Tagen zum Beispiel in den Nachrichten aus Serbien. Übrigens, die europäische Orientierung war in den Ländern erfolgreich und verlässlich, die verantwortungsbewußte, prowestlich orientierte Eliten hatten. Und dort, wo diese prowestlichen Eliten schwach waren wie in der Ukraine oder zum Teil auch in Rußland, dort schlug die Stimmung nach der anfänglichen Begeisterung schnell in eine skeptische oder gar eine antiwestliche um.

Freilich, indem die Erinnerung an den Osten, den Kommunismus verblaßte, mußte auch der Westen etwas von seinem Glanz verlieren. Das war unvermeidlich. Und trotzdem: Die Europäische Union behielt ihre Vorbildfunktion als Sicherheits- und als Wohlstandsgemeinschaft. Und gerade für die ostmitteleuropäischen Länder, also für Länder wie Polen und Tschechien, war die Europäische Union so attraktiv, weil sie als eine Alternative zu dem früheren Europa, das von Machtrivalitäten geprägt wurde, erkannt wurde. Ich befürchte, daß dieses Motiv, das ja der ursprünglichen Idee der europäischen Integration entsprach, auf der westlichen Seite verkannt oder jedenfalls unterschätzt wurde. Das „alte“ Europa reagierte darauf mit Skepsis, mit Zurückhaltung. Ostmitteleuropa wurde eher als ein potentieller „troublemaker“ wahrgenommen und nicht als Partner für die Gestaltung

eines neuen vereinten Europa. Es gab, ich kann mich gut daran erinnern, denn ich habe nicht selten daran auch teilgenommen, Hunderte von Sendungen, von Diskussionen, die sich mit dem Thema beschäftigten „Integration in Europa, Desintegration in Osteuropa“. Und noch eins kam hinzu – ich glaube, dies war auch wichtig: Die Europäische Union, in der in den neunziger Jahren ein wichtiger politischer Generationenwechsel stattfand, entfernte sich von ihren Ursprüngen. Die Friedensgemeinschaft wurde immer mehr, verständlicherweise für die Jüngeren, zu einer Leerformel, zu einer Selbstverständlichkeit ohne größeren Inhalt. So wurde die Europäische Union immer mehr auf die Wohlstandsgemeinschaft reduziert. Und diese Wohlstandsgemeinschaft sah in den beitragswilligen Ländern, den östlichen Nachbarn, eher Kandidaten für die Verteilung des Wohlstands und nicht Kandidaten für die Schaffung, für die Vermehrung des Wohlstands. Auch dies ist übrigens eine Fehleinschätzung. In den Fragen der Erweiterung stimmt die Wahrnehmung sehr oft mit der Realität nicht überein. Ein Beispiel: Obwohl Deutschlands Wirtschaft bereits jetzt von der Öffnung in den Beitrittsländern sehr stark profitiert hat, obwohl es Prognosen gibt, die sagen, daß Deutschlands Bruttosozialprodukt durch die EU-Erweiterung um 1,5 Prozent steigen werde, trotz allem glauben viele, vielleicht die meisten Deutschen, wie Meinungsumfragen zeigen, daß für sie die Erweiterung ein Geschäft sei, das sie viel Geld kosten würde, und daß sie diese Länder subventionieren würden. Denn nach dem modernen Politikverständnis kommt es bekanntlich nicht so sehr darauf an, wie es ist, sondern wie die Leute glauben, daß es ist. Insofern ist diese Kluft zwischen der Realität und der Wahrnehmung schon etwas Bedrohliches.

Ich bin kein Träumer, ich weiß, daß die europäische Integration immer auf einem Gleichgewicht zwischen der Inte-

gration, zwischen der Solidarität und dem Egoismus beruhte. Ich weiß nur eines nicht und zwar, ob dieses Gleichgewicht noch stimmt zwischen der Solidarität und dem Egoismus. In dem Erweiterungsprozeß kann man auf jeden Fall Zweifel bekommen, ob das Gleichgewicht noch stimmt, denn der ganze Prozeß wird zum Teil so geführt, als ob beide Seiten sich vor der jeweils anderen Seite schützen wollten. Wovor genau?

Ein tiefes Mißtrauen herrscht auf beiden Seiten. Ein Beispiel: In einer besonderen Form hat es sich in den Niederlanden manifestiert. Dort fiel eine innenpolitische Krise, die zum Zerfall der regierenden Koalition führte, mit einer Verschärfung antieuropäischer Ressentiments zusammen, und das ist kein Zufall. Es passiert – oder kann jedenfalls häufig passieren. Diese antieuropäischen Ressentiments richteten sich nicht zufällig gegen die Beitrittskandidaten. Unter diesen war Polen das größte Land. Diese Länder wurden als eine Bedrohung für den Wohlstand der Niederländer, für die Ordnung in Europa karikiert. Das Erstaunliche war, daß solche Stimmungen möglich wurden in einem Land, das traditionell betrachtet wurde als der Hüter der europäischen Tugenden, vor allem der Offenheit und Toleranz – und eigentlich zu Recht! Noch Mitte der neunziger Jahre sagte ein niederländischer Politiker, ein sehr angesehener Mann, daß sein Land das „europäischste“ in Europa sei. Ich muß gestehen, daß mich dieses Eigenlob damals schon etwas beunruhigte, denn die Idee von „ranking lists“ europäischer Nationen erschien mir damals schon etwas fragwürdig. Und ich vermute, daß zumindest ein Teil der niederländischen Populisten sich als wahre Europäer versteht, die das Europaertum sozusagen verteidigen müssen gegen die Menschen aus dem Osten.

Aber das beliebteste Schreckgespenst ist der angebliche „gierige Griff der Kandidaten in die Gemeinschaftskasse“. Der Eindruck, daß die Erweiterung besonders teuer sei und dem EU-Steuerzahler besonders große Opfer abverlange, gehört zu den Legenden, die ganz offensichtlich resistent sind gegen Fakten. Die Erweiterungskosten betragen nach verschiedenen Schätzungen zwischen 0,1 und 0,3 Prozent des Bruttosozialprodukts der EU-Länder. Und dabei wird der volkswirtschaftliche Gewinn für diese Länder nicht berücksichtigt, der sich auch aus der Öffnung der Beitrittsländer ergibt. Eins kann man mit Gewißheit sagen, diese Erweiterung ist, obwohl oft das Gegenteil gesagt wird, eine sehr sparsame Erweiterung. Aus dem Kohäsionsfonds werden die neuen Mitglieder in den Jahren 2004 bis 2006 etwa 110 Euro pro Kopf bekommen, das heißt weniger als die alten Empfänger, die 241 Euro pro Kopf erwarten dürfen – und das, obwohl sie diese Mittel aus dem Kohäsionsfonds schon seit vielen Jahren in Anspruch nehmen. Wie kann man diese Asymmetrie erklären? Doch nicht so, daß die Länder, die beitreten, weniger brauchen, um den EU-Durchschnitt zu erreichen. Sie brauchen viel mehr als selbst die ärmsten Länder der heutigen EU. Polens Bruttosozialprodukt per capita beträgt etwa 40 Prozent des Bruttosozialprodukts der Europäischen Union. Also hat Polen einen enormen Aufholbedarf. Oder spiegeln diese Daten, die ich anführte, einfach die Machtverhältnisse wider? Und wenn man das so sieht, dann muß man ganz klar, ganz brutal sagen: Ja, die Beitrittsländer haben heute keine Macht, die sie einsetzen können, um sich in solchen Verhandlungen durchzusetzen. Aber sie werden diese Macht bekommen, wenn sie einmal in der EU sind. Und ich frage mich, welche Schlußfolgerungen werden sie ziehen aus dieser Erfahrung, die sie vor dem Beitritt machen? Ist das eine

Erfahrung, die sie zur europäischen Solidarität führen wird? Nicht unbedingt!

In einer von vielen Diskussionen über die Erweiterung habe ich polnischen EU-Kritikern, die mit mir diskutierten, vorgeworfen, sie verträten eine darwinistische Vision von Europa, eine darwinistische Vision von internationalen Beziehungen, denn sie stellen die Europäische Union als eine Welt der Natur dar, in der es Wölfe gibt und Lämmer. Und diese Wölfe können, einfach dem Naturtrieb folgend, gar nicht anders, als die Lämmer aufzufressen. Und ich brauche Ihnen nicht hinzuzufügen, wer das Lamm sein würde in diesem Bild. Ich habe dazu gesagt, daß in Wirklichkeit die Union so aufgebaut sei, daß auch die Starken ein natürliches Interesse daran hätten, den Schwachen zu helfen, denn sie würden selber davon profitieren. So habe es, sagte ich, in der Vergangenheit funktioniert, und so werde es auch in der Zukunft funktionieren. Nach der Diskussion kamen einige Leute zu mir, die ganz offensichtlich Anhänger des EU-Beitritts sind, und meinten, sie hätten das dort nicht öffentlich sagen wollen, aber ob ich denn wirklich daran glaube, daß diese Regel noch gelte in der Europäischen Union? Ich habe gesagt: Ja, ich bin nach wie vor davon überzeugt, auch wenn der Verlauf der Beitrittsverhandlungen diese Theorie nicht immer bestätigt, bin ich trotzdem davon überzeugt.

Die Europäische Union muß doch, davon gehe ich aus, ein natürliches Interesse daran haben, gute Mitglieder zu bekommen. Sie scheint aber zu befürchten, daß sie notorische „troublemaker“ aufnimmt, vor denen sie sich schützen muß. Dabei halte ich es für durchaus angemessen, die Neuen in der Union kritisch zu verfolgen. Und ich halte es auch für angemessen, sie notfalls zu disziplinieren. Meinungsumfragen in Polen zeigen übrigens, daß ein großer Teil der Bevölkerung sich von dem EU-Beitritt geradezu einen disziplinie-

renden Einfluß der EU auf Polen wünscht und sich davon eine Verbesserung des Rechtsstaates und der Verwaltung verspricht. Also, das sind Menschen, die im Grunde genommen hoffen, daß die Europäische Union auch Polen in die richtige Richtung schieben wird. Die Europäische Union kann diese Hoffnung erfüllen, wenn sie dies mit der notwendigen Sensibilität tut. Sie wird als Kontrollinstanz gegenüber den Institutionen der Beitrittsländer begrüßt, wenn sie als Hüterin der Grundsätze der Union auftritt und wenn sie dabei keine Eigeninteressen verfolgt. Und für diese Rolle eignet sich selbstverständlich die Kommission viel mehr als die Regierungen, als der Europäische Rat. Ich habe nichts dagegen, daß die Kommission die Regierung meines Landes, notfalls auch mit Disziplinierungsmitteln, zur Einhaltung von Verpflichtungen auffordert. Ich sehe aber nicht ein, warum Regierungen anderer Länder, möglicherweise aus innenpolitischen Gründen, Sanktionen gegen bestimmte Länder verhängen können sollten. Der Generalverdacht gegen die östlichen Beitrittsländer schafft auf jeden Fall ein Klima, das die Integration dieser Länder nach dem Ende der Verhandlungen erschweren kann. Wenn man vergleicht, was in den Medien der EU-Länder und in den Medien der Kandidatenländer berichtet wird über den Verlauf der Verhandlungen, dann hat man das Gefühl, daß sich hier nicht zwei Seiten, sondern zwei Welten gegenüberstehen. Dabei muß es doch im Interesse der Union liegen, eine Ost-West-Trennungslinie in der erweiterten Union unbedingt zu verhindern und ein Ossi-Wessi-Phänomen in der erweiterten Union zu verhindern. Dieses Ziel sollte im Mittelpunkt stehen, auch jetzt in der Phase der Vorbereitungen. Ich verstehe sehr wohl die Sorge, die manche haben in der EU, daß die Beitrittsländer sich nach dem Beitritt ausruhen wollen, anstatt ihre Anstrengungen fortzusetzen. Und sie müssen noch viel

tun, sie haben noch viele Reformen zu erledigen. Nur, die Union muß sie dazu in einer sensiblen Form anspornen. Die Europäische Gemeinschaft, die Europäische Union war in ihrer Geschichte immer groß im Umgang mit den kleinen Ländern. Ich glaube, sie muß jetzt ihre Stärke zeigen im Umgang mit den schwachen Ländern. Das wird eine große Anstrengung erfordern.

Die Frage der Solidarität ist übrigens nicht nur eine ökonomische, und diese Frage betrifft nicht nur die Erweiterung. Vielmehr ist die Solidarität ja die Grundlage, auf der die Union aufgebaut ist, und die Grundlage, auf der sie weiterentwickelt werden muß. Europa wird sich in einer völlig veränderten Welt behaupten müssen, der die Klarheit der Ost-West-Teilung fehlt und fehlen wird. Die neuen Bedrohungen sind eher desintegrierend. Vor allem seit dem 11. September 2001 leben wir in einem veränderten weltpolitischen Umfeld. Der Kampf gegen den Terrorismus erfordert den Einsatz verschiedener Mittel: diplomatisch-politischer, ökonomischer, geheimdienstlicher, polizeilicher und schließlich und nicht zuletzt auch militärischer Mittel. Nur ein Land, nur die Vereinigten Staaten sind in der Lage, von all diesen Instrumenten in einer abgestimmten Weise Gebrauch zu machen. Europa hat nur ein sehr begrenztes Instrumentarium, aber das ist nur die Hälfte des Problems. Die andere Hälfte besteht darin, daß auch dieses Instrumentarium weitgehend nationalstaatlich und eben nicht europäisch organisiert ist, was übrigens auch bei den NATO-Einsätzen, an denen europäische Länder teilnehmen, immer wieder beklagt wird. Freilich: Die Europäische Union leistet wichtige zivile Aufbauhilfe in Konfliktregionen, aber ihr Beitrag zur globalen Sicherheit darf nicht darauf reduziert werden. Sie könnte übrigens ihre Autorität als zivile Macht, worauf sie einen so großen Wert legt, nur stärken, wenn sie auch vor

dem Gebrauch harter Machtmittel nicht zurückscheute. Ich weiß, der Umgang mit militärischer Macht und mit Machtpolitik im allgemeinen ist eine Herausforderung, vor der viele Europäer verständlicherweise Angst haben. Ich teile diese Angst nicht, aber nur, wenn die militärische Macht ein Instrument europäischer und nicht nationaler Politik ist. Ich mache mir keine Sorgen, die Europäer werden auch in Zukunft keine Kriege gegeneinander führen. Aber was geschieht, wenn sie ohne einander an militärischen Aktionen, an Kriegen in anderen Regionen der Welt beteiligt sind? Reicht nicht das schon, um alte Rivalitäten in Europa wieder aufleben zu lassen, um neue Spannungen, Konflikte zu provozieren?

Über Jahrzehnte garantierte die NATO mit den Vereinigten Staaten als Führungsmacht, daß Sicherheitspolitik in Europa nicht nationalstaatlich betrieben wurde. Diesen Gefallen werden uns die Amerikaner künftig nicht mehr tun, denn sie haben andere, wichtigere Prioritäten, was sich auch in dem Wandel der NATO-Strategie widerspiegelt. Wenn ihnen kein Partner in Europa zur Verfügung steht, dann werden sie sich Partner in Europa auswählen. Nur Europa selbst kann in der Zukunft verhindern, daß Sicherheitspolitik auf dem Kontinent renationalisiert wird. Und aus polnischer Sicht ist das – und nicht ein weltfremder Antimilitarismus – die Lehre aus der Geschichte.

Nun, Sie mögen sich fragen, wie repräsentativ ein solches Bekenntnis zur europäischen Sicherheitspolitik für das politische Denken in Polen ist. Ist Polen nicht der Staat, der aus vielen Gründen eine besonders enge Verbindung zu Amerika und zur NATO in die europäische Politik einbringt? Ohne Zweifel, die Freundschaft mit Amerika ist ein Trumpf, den man nicht abgeben will und nicht abgeben muß bei dem Eintritt in die Europäische Union. Für Polen liegt der Sinn

der europäischen Integration auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik nicht darin, sich von den Vereinigten Staaten zu emanzipieren. Das ist uns völlig fremd. Das neurotische Verhältnis mancher Europäer zu Amerika ergibt sich ja vor allem aus dem Gefühl der eigenen Schwäche. Deshalb: Europa stärken zu wollen, ist ein Ehrgeiz, den, glaube ich, auch jeder Atlantiker teilen müßte.

Einen Grund, Europa sicherheitspolitisch handlungsfähig zu machen, habe ich schon genannt. Das ist die Verhinderung einer renationalisierten Sicherheitspolitik in Europa. Aber wichtiger ist noch, daß Europa ja nicht für sich alleine in der Welt ist, sondern seine Verantwortung für die Sicherheit der Welt muß seinen Ressourcen und Möglichkeiten entsprechen. Und zeigt sich Europa dieser Verantwortung gewachsen, dann wird dies auch das europäische Selbstwertgefühl stärken.

Europäisches Handeln ist nicht nur in der Sicherheitspolitik und auch nicht nur im Kampf gegen den Terrorismus gefragt. Nach der jetzigen Ost-Erweiterung wird die Union ihr Verhältnis zu den östlichen, den neuen östlichen Nachbarn, überdenken müssen. Die Strategie der Heranführung, mit der die Europäische Union gute Erfahrungen gemacht hat mit den jetzigen Kandidatenländern, wird nicht einfach fortgesetzt werden können. Im Mittelpunkt des Interesses oder der Diskussion steht zur Zeit die Türkei. Aber die Union wird auch eine lange Grenze bekommen mit der Ukraine, mit Weißrußland und zum Teil ja auch mit Rußland. Und hier wird sie für eine längere Zeit oder für immer – mag man fragen – stehenbleiben. Auch östlich der künftigen Ostgrenze liegen Länder, in denen jedenfalls grundsätzlich Demokratie und Marktwirtschaft akzeptiert werden, bis auf Weißrußland, wo das auch heute nicht der Fall ist. Doch die Qualität der Demokratie und der Markt-

wirtschaft in diesen Ländern unterscheidet sich sehr von der, die in der Europäischen Union als, sagen wir, Standard gelten kann. Und dieser Qualitätsunterschied, um das neutral auszudrücken, ist relevant, und er wird auch künftig Spannungen erzeugen, verstärkt noch durch das Wohlstandsgefälle zwischen diesen Ländern und der künftigen EU, also heute Polen oder Ungarn oder Tschechien. Polens EU-Beitritt ist unter diesem Gesichtspunkt eine strategische Entscheidung, denn über und mit Polen wird die Europäische Union eine, ja die Chance bekommen, auf die Entwicklung in der östlichen Nachbarschaft, vor allem in der Ukraine und künftig vielleicht auch in Weißrußland, weniger in Rußland, denn das Land ist dafür zu groß, Einfluß zu nehmen. Selbst das stabilste Land in Osteuropa, Rußland, wird und will in absehbarer Zeit keine liberale Demokratie werden. Rußland ist aber gleichwohl ein machtbewußter Partner, dessen Bedeutung nach dem 11. September noch gewachsen ist. Wer wird dieser Fast-schon-wieder-Großmacht gegenüberstehen? Eitle Regierungs- oder Staatschefs aus Westeuropa, die sich beim Gang durch den Kreml wie große Staatsmänner fühlen und nicht merken, daß es mehr Schein als Sein ist? Rußland braucht in Europa einen Partner, aber Rußland wird auf den einen Partner nicht warten.

Eine gemeinsame Außenpolitik Europas scheint heute eine Utopie zu sein. Warum eigentlich? Früher haben europäische Mächte Handelskriege geführt. Heute liegt Handelspolitik in der unumstrittenen Kompetenz der Gemeinschaft, und alle haben zu Recht das Gefühl, daß ihre Interessen dabei gut aufgehoben sind. Ich weiß, Außenpolitik ist nicht nur Interessenpolitik, sondern in ihr spiegelt sich auch das Geltungsbedürfnis der Nationalstaaten wider. Das macht die Sache nicht leichter. Und möglicherweise oder hoffentlich könnten gerade schwächere Länder wie die Beitrittsländer

klarer die Grenzen der nationalstaatlichen Außenpolitik erkennen, klarer als die Großen in Europa, die vielleicht dazu neigen könnten, sich dem Schein der Großmachtspolitik hinzugeben. In einem Konzert der Mächte haben die Beitrittsländer, hat auch das größte dieser Beitrittsländern, Polen, ohne Zweifel keinen Platz. In einem europäischen Konzert ist für die Beitrittsländer sehr wohl Platz. Welchen Beitrag können die Länder leisten? Welchen Beitrag kann Polen leisten?

Ich werde Sie nicht überraschen, wenn ich vor allem auf die Ostpolitik verweise und hier insbesondere auf die Ukraine und, mit einem Fragezeichen versehen, auch auf Weißrußland. Wenn man von der absoluten Priorität des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus ausgeht, sind diese Länder heute nicht von größter Bedeutung, abgesehen von ihren möglichen Rüstungsgeschäften mit den sogenannten Schurkenstaaten. Doch für die Europäische Union werden diese Länder bald Nachbarstaaten sein und insofern sehr wohl von Bedeutung. Man sollte dabei nicht glauben, daß man die Erfahrungen mit den jetzigen Kandidatenländern einfach übertragen kann auf die künftigen östlichen Nachbarn. Die Ukraine ist kein zweites Polen, Weißrußland kein östliches Tschechien. Die Union wird für diese Länder andere Instrumente und andere Konzepte brauchen. Der Versuchung aber, sie, vor allem die Ukraine, im eigenen Saft schmoren zu lassen, muß man unbedingt widerstehen. Ich weiß, die Ukraine ist ein schwieriger Partner. Die Ukraine kann im Gegensatz zu Rußland weder mit großen Geschäften locken noch mit größeren Nöten erpressen. Es mag sein, daß sie weltpolitisch heute nicht das wichtigste Land ist, aber sie ist für Europa wichtig, und zwar sowohl im positiven wie auch potentiellerweise im negativen Sinne. Sie kann heute ihr Potential, das sie hat, nicht nutzen, weil ihre Eliten unfähig sind, einen gut funktionierenden Staat aufzu-

bauen. Im europäischen Interesse liegt, daß in der Ukraine nicht nur effiziente, aber autoritäre Strukturen errichtet werden, sondern eine zivile Gesellschaft schrittweise aufgebaut wird. Ihr dabei zu helfen, erfordert freilich viel Geduld. Es ist eine Aufgabe für viele Jahre, aber eine Aufgabe, der man sich widmen muß.

Kann man sich die Ukraine in Zukunft als ein Mitglied der Europäischen Union vorstellen? Das ist heute keine aktuelle politische Frage. Ich verstehe die Zweifel, aber ich sehe keine Notwendigkeit, in dieser Frage heute eine eindeutige Antwort zu geben, gar eine Entscheidung zu treffen. Wenn die Mitgliedschaft der Türkei ernsthaft erwogen und diskutiert wird, dann kann die Ukraine ganz sicher nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Die Diskussion über die Grenzen Europas muß aber nicht mit dem Ziel geführt werden, jetzt konkret politische Grenzen zu ziehen. Ich betrachte diese Diskussion vielmehr als ein Nachdenken über das europäische Selbstverständnis. Die Union wird aber, das muß man ganz nüchtern sagen, nach dieser Erweiterung, die sie jetzt vornimmt, erst einmal eine Ruhepause brauchen. Sie hat ja schließlich einige Reformen vorzunehmen, und das sind nicht nur praktische, das sind auch ganz grundsätzliche Reformen. Ich kann hier und ich will hier nicht auf die verschiedenen Reformkonzepte eingehen. Gestatten Sie mir nur einige Bemerkungen im Zusammenhang mit der Diskussion über die Zukunft der Europäischen Union: Ich glaube, der Nationalstaat ist in Europa nicht in Gefahr. Er braucht heute keinen europäischen Bundesstaat zu fürchten. Dieser europäische Bundesstaat ist nicht in Sicht, jedenfalls nicht in meiner Sichtweite. Europa wird vielmehr von nationalstaatlichen Eitelkeiten und Egoismen gefährdet. Und die nationalen Regierungen werden das Problem nicht durch bessere Koordination lösen, denn diese Regierungen sind ein Teil des

Problems. Über die Kommission kann man sicherlich viel Schlechtes sagen, aber manches Schlechte, was über sie gesagt wird, spricht für die Kommission. Ihre Legitimität ist heute sicherlich zu schwach, vor allem zu schwach, um sich gegen Angriffe, auch gegen unfaire Angriffe und gegen unfaire Kritik zu verteidigen. Hält man aber radikale föderalistische Konzepte für Europa für nicht realisierbar, und ich glaube, sie sind es auch in den kommenden Jahren nicht, dann muß man auf die Kommission als den Anker der Gemeinschaftsmethode setzen. Sie muß freilich stärker kontrolliert werden, vor allem vom Europäischen Parlament, aber sie darf nicht zum Spielball nationaler Rivalitäten werden.

Werden Deutschland und Polen in dieser Debatte über die Zukunft Europas gleiche oder widersprüchliche Interessen verfolgen? Geht man vom Klischee aus, dann müßte es zwischen den beiden Ländern einen harten Widerspruch in dieser Frage geben. Alles ist, so scheint es auf den ersten Blick, anders. Deutschland, ein altes Mitglied der Union, ein großer und reicher Staat, dessen Bürger ein belastetes Verhältnis zum Nationalen haben aufgrund der Geschichte und deshalb keine großen Anhänger der Idee der Souveränität sind – so jedenfalls die Klischeevorstellung –, und Polen, ein neues Mitglied, mittelgroß, wirtschaftlich noch schwach, mit einem ausgeprägten Nationalbewußtsein und deshalb enthusiastisch für die Idee der Souveränität, weil es ja gerade die Souveränität wiedergewonnen hat. Nein, so einfach ist es nicht. In Wirklichkeit brauchen beide Länder gleichermaßen ein intaktes, integriertes Europa. Warum? Ganz einfach gesagt, weil es für Deutschland in einem solchen Europa einfacher ist, das größte und mächtigste Volk zu sein. Und Polen braucht es, weil ein solches Europa auch den Schwächeren mehr Sicherheit und bessere Aufstiegschancen bietet.

Die Begriffe stark und schwach müssen übrigens relativiert werden. Ich würde, bei allem Respekt, Deutschland heute nicht unbedingt als einen starken Staat, ein starkes Land bezeichnen. Ich sage das völlig ohne Schadenfreude. Ich sage das auch mit der Überzeugung, daß dieses Land seine Kraft wieder entfalten wird, davon bin ich fest überzeugt. Aber Deutschland war gerade für seine östlichen Nachbarn immer ein attraktives Land nicht nur deswegen, weil es Wohlstand hatte, sondern weil es auch wußte, wie man Wohlstand schafft. Die deutschen Erfahrungen waren alle für die östlichen Nachbarn von großem Wert. Heute bietet Deutschland kaum interessante, anregende Antworten auf die Fragen, die die Länder in Ost- und Mitteleuropa beschäftigen. Heute ist Deutschland eher das Land, von dem man vielleicht lernen kann, wie man Wohlstand verteilt, aber diese Frage ist nicht von so großer Bedeutung für die aufstrebenden Nachbarn in Ost- und Mitteleuropa. Deutschland ist – und deshalb kann dabei keine Schadenfreude aufkommen – viel zu groß und zu wichtig für Europa, um mit sich selbst beschäftigt zu sein. Und was das bedeutet und welches Vakuum entsteht, wenn Deutschland seine Rolle nicht erfüllt, das merkt man auch in den Beitrittsverhandlungen. Deutschland ist das Land in der EU, das für die EU-Erweiterung am meisten getan hat. Und ich hoffe, daß die letzten Tage vor der Erweiterung, vor dem Kopenhagener Gipfel dieses Bild nicht stören werden. Und das sage ich gerade insbesondere mit Blick auf das deutsch-polnische Verhältnis.

In den Beziehungen zwischen unseren Ländern wird die EU-Erweiterung ohne Zweifel ein Wendepunkt sein. Seit zwölf Jahren haben wir wie ein Mantra wiederholt, das einzige, was uns noch zum gemeinsamen Glück fehle, sei die polnische EU-Mitgliedschaft. Nun werden wir sie bekommen – und wir werden sie gemeinsam bekommen. Wird das

Glück nun vollkommen sein? Nein, das wäre eine Illusion. Die Zusammenarbeit zwischen zwei so verschiedenen, so ungleichen Ländern wird immer schwierig sein. Viele Deutsche sagen zwar immer noch, Polen sei ein besonders wichtiger Nachbar, aber mein Eindruck ist, viele wissen inzwischen nicht mehr genau, warum eigentlich Polen ein so wichtiger Nachbar sei. Früher war Polen für Deutschland wichtig vor allem wegen der Vergangenheit. Jetzt kann Deutschland für Polen eigentlich nur wegen der Zukunft wichtig sein. Heute, wenn man Polens reale Macht, die politische und die wirtschaftliche nimmt, ist Polen ganz objektiv gesehen kein wichtiger Nachbar. Polen kann nur wichtig sein, wenn wir eine gemeinsame Vision von Europa haben, in der Polen einen Platz einnimmt, und zwar einen nicht unbedeutenden Platz. Das, was ich sage, ist kein intellektuelles Spiel. Für den Zusammenhalt von Europa können unsere Länder, vor allem auch mit Frankreich, einen wertvollen Beitrag leisten. Ich sage das nicht nur, weil ich weiß, daß die Robert Bosch Stiftung sich der Idee des Weimarer Dreiecks besonders verbunden fühlt. Das sogenannte Weimarer Dreieck, in dem sich 1991 Deutschland, Frankreich und Polen zusammengeschlossen haben, hat sich nicht überlebt. Es kann auf jeden Fall Zukunft haben. Diese Zukunft ist, um den Titel von Dan Hamiltons Vortrag zu paraphrasieren, nicht anders, als sie vor elf Jahren angedacht wurde: Ein Europa, das mit der erfolgreichen Integration der neuen Mitglieder nicht nur eine historische Verpflichtung erfüllt, sondern auch eine neue Verantwortung gegenüber der Welt übernimmt.

Lassen Sie mich zum Schluß sagen: Als ich vor zwölf Jahren hier in Stuttgart bei der Robert Bosch Stiftung war, da habe ich nicht daran gedacht, zwölf Jahre später hier am Vorabend der Erweiterung der Europäischen Union zu sein.

Zwölf Jahre sind eine sehr lange und eine sehr kurze Zeit. Wir sind ungeduldig, aber diese Ungeduld zahlt sich aus. Als ich vor vielleicht einem Jahr hier in Stuttgart auf dem Flughafen ankam, hatte der Zufall es gewollt, daß gerade vor meiner Maschine ein Flugzeug aus der Türkei gelandet war. Es muß eine große Maschine mit fast 200 Plätzen gewesen sein. Türken sind ausgestiegen. Und ich stand mit ihnen ganz am Ende vor den Schaltern „Non EU Citizens“. Da ich es sehr eilig hatte, beschloß ich, den Schalter „EU“ zu wählen. Der Grenzbeamte fragte mich, wohl etwas ironisch, ob Polen denn schon in der EU sei. Ich habe ihm gesagt: „Nein, aber ich habe es eilig.“ Ich habe übrigens eine große Sympathie für die Türkei. Ich mag das Land sehr, aber wenn es so weitergeht, werden wir auf die Türkei auch nicht warten können. Jedenfalls werden wir nicht mehr lange warten können. Vielleicht wird die Türkei noch länger warten können. Ich weiß nicht, ob man in der Türkei heute mit Daten und Terminen Illusionen schaffen kann. Ich glaube, es wäre unklug, die Türkei von vornherein auszuschließen. Aber ich weiß auch, daß sich die Europäische Union, wenn sie erst einmal ihre diplomatische Aufgabe erfüllt hat, auf die große Aufgabe wird konzentrieren müssen, aus dem formellen Beitritt, aus der formellen Erweiterung eine richtige, eine echte Vereinigung von Europa zu machen. Und das wird viel Kraft erfordern. Und ich hoffe auch, daß die Robert Bosch Stiftung uns auf diesem Weg weiter begleiten wird. Denn wenn ich es richtig verstehe, ist das Engagement der Robert Bosch Stiftung für die deutsch-polnischen Beziehungen nicht an die Bedingung geknüpft, daß es nur bis zum polnischen EU-Beitritt gilt. Wir werden dieses Engagement auch künftig brauchen! Und ich danke Ihnen auch heute schon dafür.

## **Janusz Reiter**

- 1952* in Kościerzyna, Polen, geboren
- 1971-76* Studium der Germanistik, Philosophie und Soziologie an der Universität Warschau
- ab 1977* Redakteur der Auslandsredaktion der Tageszeitung *Życie Warszawy*  
Mitbegründer und Redaktionsmitglied mehrerer oppositioneller Zeitschriften
- 1984-89* Kommentator der katholischen Zeitschrift *Przegląd Katolicki*
- 1989-90* Kommentator der Tageszeitung *Gazeta Wyborcza* sowie des Polnischen Fernsehens
- 1990-95* Botschafter der Republik Polen in der Bundesrepublik Deutschland
- seit 1996* Gründer und Direktor des Zentrums für Internationale Beziehungen in Warschau  
Mitbegründer des Rates für Außenpolitik  
Ständiger Kommentator der Polnischen Tageszeitung *Rzeczpospolita*  
Ko-Vorsitzender des Polnisch-Deutschen Forums

## **Auszeichnungen**

- 1995* Großes Verdienstkreuz mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland für die Verdienste um die deutsch-polnischen Beziehungen
- 2002* Viadrina-Preis der Europa-Universität, Frankfurt/Oder

## Europa bauen, den Wandel gestalten

### Vortragsreihe

Klaus Töpfer

Globalisierung – Konsequenzen für die deutsche Politik in internationalen Organisationen, Oktober 2001

Daniel S. Hamilton

Die Zukunft ist nicht mehr, was sie war: Europa, Amerika und die neue weltpolitische Lage, Februar 2002

Mahmoud Hamdi Zakzouk

Der Islam und Europa – ohne Dialog keine Zukunft, Juli 2002

## Die Robert Bosch Stiftung

Die Robert Bosch Stiftung verkörpert innerhalb der Verfassung des Hauses Bosch die gemeinnützigen und sozialen Bestrebungen des Firmengründers und Stifters Robert Bosch (1861-1942). Sie ist eine der großen unternehmensverbundenen Stiftungen in Deutschland und wurde 1964 gegründet.

Rund 92 Prozent des 1,2 Milliarden Euro betragenden Stammkapitals der Robert Bosch GmbH gehören der Robert Bosch Stiftung GmbH, deren Zwecke ausschließlich gemeinnützig sind. Die Dividende der Robert Bosch GmbH fließt der Robert Bosch Stiftung GmbH anteilig zu.

In fünf Programmbereichen und in den stiftungseigenen Einrichtungen in Stuttgart (Robert-Bosch-Krankenhaus, Dr. Margarete Fischer-Bosch-Institut für Klinische Pharmakologie, Institut für Geschichte der Medizin) verfolgt die Stiftung Zwecke der öffentlichen Gesundheitspflege, der Völkerverständigung, der Wohlfahrtspflege, der Bildung und Erziehung, Kunst und Kultur und der Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaften.

### ROBERT BOSCH STIFTUNG

Robert Bosch Stiftung GmbH  
Heidehofstraße 31  
70184 Stuttgart

E-Mail: [info@bosch-stiftung.de](mailto:info@bosch-stiftung.de)  
[www.bosch-stiftung.de](http://www.bosch-stiftung.de)

Herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung

Foto: Horst Rudel

Januar 2003

Die Deutsche Bibliothek – CIP Einheitsaufnahme

Ein Titeldatensatz für diese Publikation ist bei der Deutschen Bibliothek  
erhältlich

© 2003 Robert Bosch Stiftung GmbH, Stuttgart

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-922934-73-0